



Nicht nur dem Volk verpflichtet

Wie Abgeordnete des Bundestags sich als Lobbyisten für Industrie und Verbände einspannen lassen VON CHRISTIAN FUCHS UND FRITZ ZIMMERMANN

Es ist ein kurioses Schreiben, das den Tourismusausschuss des Deutschen Bundestags am 1. April erreicht. Absender ist der Bundesverband der Campingwirtschaft in Deutschland (BVCD), der sich darin auf drei Seiten zu den Nöten der Branche äußert. Es geht um Corona-Schutzmaßnahmen auf Campingplätzen, Hilfen für Unternehmen und den Arbeitskräftemangel in der Branche. Der Verband setzt sich mit dem Brief für die Interessen seiner Mitglieder ein. Eigentlich ein gewöhnlicher Vorgang im Berliner Politikbetrieb. In der Fußzeile des Briefes aber findet sich etwas, das dieses Schreiben zu etwas Besonderem macht. Neben der Steuernummer des Verbands und der Bankverbindung steht dort auch der Name seines Präsidenten: Stefan Zierke.

Zierke war einen Monat zuvor in dieses Amt gewählt worden und damit zum Vertreter und obersten Lobbyisten aller Campingplatzbetreiber im Land. Derselbe Stefan Zierke sitzt seit 2013 auch für die SPD als Abgeordneter im Deutschen Bundestag. Dort ist er tourismuspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, außerdem gehört er dem Tourismusausschuss an.

Ein Lobbyregister, das der Bundestag Anfang des Jahres einführt, zeigt nun: Diese Vermischung von Interessenvertretung und Mandat ist nicht ungewöhnlich. Das Register erfasst die Namen von Lobbyorganisationen und Verbänden, die auf Entscheidungen von Abgeordneten einwirken wollen. Auch die Namen ihrer Vertreter müssen dort stehen. Inzwischen gibt es rund 4800 Registereinträge. Die ZEIT und abgeordnetenwatch.de haben dieses Register nun systematisch durchsucht. Die Recherchen zeigen, dass 28 Abgeordnete, die für CDU, CSU, FDP, SPD oder die Grünen im Bundestag sitzen, auch als Präsident, Vorsitzender oder in anderer herausgehobener Funktion einen Verein oder Verband vertreten.

Im Grundgesetz steht, die Abgeordneten seien »Vertreter des ganzen Volkes«. Sie seien nicht an Weisungen gebunden. Im Lobbyregister werden die 28 Abgeordneten zwar nicht als Interessenvertreter geführt, sondern lediglich als »vertretungsberechtigte Personen«. Doch bei vielen von ihnen lässt sich die Arbeit im Parlament kaum vom Einsatz für ihren Verband trennen: Die Abgeordneten laden ihre Kolleginnen und Kollegen zu Lobbyterminen, vertreten als Parlamentarier die Interessen ihrer Vereine

und arbeiten an Gesetzen mit, die ihre Organisationen betreffen. Mal werben sie für das Technische Hilfswerk, mal für eine Handelskammer, sie arbeiten für Lobbyvereine der Rüstungsindustrie oder eben der Campingwirtschaft. Manche verdienen damit Geld, zusätzlich zu ihren Mandatsbezügen, andere betonen, dass ihr Engagement rein ehrenamtlich sei. Was sie eint: Sie vertreten nicht in allen Belangen die Interessen des ganzen Volkes, sondern in manchen Fällen die einzelner Interessengruppen.

Es gibt Ehrenämter – und es gibt lukrative Ehrenämter

Stefan Zierke aus dem Tourismusausschuss schafft dann nur wenige Tage nach seiner Wahl zum Präsidenten des Campingverbands in einem Interview mit der Welt gleich einmal Aufmerksamkeit für eine Position seines Verbandes: »Das größte Problem, was ich sehe, ist das Wildcampen (...). Auch im Hinblick auf Mietfahrzeuge.« Ein Miet-Bulli, der nicht auf einem Zeltplatz steht, stellt für den Abgeordneten also schon ein Problem dar. Zierke erklärt auf Anfrage, er habe sein Ehrenamt transparent allen Gremien gemeldet. »Es gab zu keinem Zeitpunkt Interessenkonflikte«, sagt er. Auch mit dem Brief seines Verbandes an den Tourismusausschuss habe er nichts zu tun.

Für seine Lobbyarbeit erhält Zierke kein Geld, wie er sagt. Sein Amt als Obercamper ist ein zunächst unverdächtig Engagement, und doch zeigt der Fall, wie schwer es ist, zu unterscheiden: Wann spricht der Abgeordnete? Und wann der Lobbyist? Diese Unterscheidung fällt noch schwerer, wenn die Abgeordneten für ihre Interessenvertretung Geld erhalten.

Peter Ramsauer zum Beispiel. Der CSU-Politiker war von 2009 bis 2013 Bundesverkehrsminister. Noch immer sitzt er im Bundestag – und vertritt seit acht Jahren als Präsident die deutsch-arabische Handelskammer Ghorfa. Der Verband gilt als Türöffner für arabische Unternehmen bei der Bundesregierung. Das Ghorfa-Amt übt Ramsauer formal ehrenamtlich aus, aber trotzdem erhielt er dafür bis zuletzt ein monatliches Salär irgendwo zwischen 3500 und 7000 Euro. Das zeigen Ramsauers Pflichtangaben zu seinen Nebenaktivitäten aus den vergangenen Jahren. Allein in der zurückliegenden Wahlperiode hat er demnach zwischen 154.000 und 336.000 Euro für sein Ehrenamt erhalten.

Fragt man Ramsauer, wie er zu diesem lukrativen Posten kam, antwortet er: »Mir liegen hierzu keine Unterlagen vor.« Drei Jahre vor seiner Wahl zum Ghorfa-Präsidenten jedenfalls hatte ihn eine Delegation der Handelskammer im Verkehrsministerium besucht. Er habe die »Interessen der Ghorfa nie im Bundestag vertreten«, sagt Ramsauer, »dies werde ich auch in Zukunft nicht tun«.

Neben Ramsauer erhalten auch andere Abgeordnete, die im Lobbyregister stehen, Geld für ihre Arbeit in Interessenvertretungen. Mathias Middelberg (CDU) und Carsten Träger (SPD) etwa bekommen als Kuratoriumsmitglieder bei der Deutschen Bundesstiftung Umwelt jeweils zwischen 7000 und 15.000 Euro im Jahr. Und Artur Auernhammer (CSU) erhält 3000 Euro als jährliche »Aufwandsentschädigung« für seinen Posten als Vorstandschef des Bundesverbandes Bioenergie (BBE).

Seit sieben Jahren leitet Auernhammer den Verband, zusätzlich ist er agrarpolitischer Sprecher der CSU im Bundestag. Er sitzt im Landwirtschaftsausschuss und ist dort auch mit der Erzeugung erneuerbarer Energien durch Biomasse befasst, dem Thema seines Vereins. Es sei sein Ziel, sagt Auernhammer im vergangenen Jahr beim Verband, »den BBE weiter nahe an die Entscheidungsträger heranzubringen«. Auf Anfrage erklärt er, dass seine Aufgaben als Abgeordneter und als Vorsitzender des Vorstandes des BBE »strikt voneinander getrennt« seien, Interessenvertretung betreibe er nicht.

Das sieht dann so aus: Auf mindestens 21 Veranstaltungen für Bundestagsabgeordnete hat Auernhammer in den vergangenen fünf Jahren seinen Lobbyverband repräsentiert, teilt er der ZEIT mit. Meistens in Berlin, im Umkreis des Bundestags. Parlamentarischer Abend, Parlamentarischer Lunch oder Parlamentarisches Frühstück heißen die Events. In den kommenden Monaten plant der BBE zwei weitere dieser Treffen mit Auernhammer.

Rechtlich bewegen sich diese Abgeordneten in einer »Grauzone«, sagt Sophie Schönberger, Professorin für Öffentliches Recht an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf. Auch Abgeordnete dürften sich neben dem Mandat für ihre persönlichen Einstellungen einsetzen. Befangenheit im juristischen Sinne gebe es wegen des freien Mandats für Parlamentarier nicht. Rechtliche Probleme sieht die Juristin »überall dort, wo Geld fließt«. Im Abgeordnetengesetz steht, die »entgeltliche Inte-

ressenvertretung für Dritte« neben dem Mandat sei »unzulässig«. Ist das bei den bezahlten Funktionen von Abgeordneten wie Peter Ramsauer in Verbänden bereits der Fall? Schönberger sagt, die Norm sei erst im vergangenen Jahr in Kraft getreten, weshalb es »noch keine juristische Praxis« gebe. Die Bundestagsverwaltung erklärt auf Anfrage, dass auch solche ehrenamtliche Interessenvertretung von der Mandatsfreiheit gedeckt sei, für die eine Aufwandsentschädigung von »höchstens zehn Prozent der monatlichen Abgeordnetenentschädigung« vorgesehen ist. Sollten sich Hinweise auf Verstöße ergeben, gehe die Bundestagsverwaltung dem nach. Doch es bleibt die Frage: Sind Nebenaktivitäten als Lobbyist wirklich nur dann problematisch, wenn Geld fließt?

Abgeordnete finden sich an der Spitze von allerlei Verbänden

Henning Otte ist verteidigungspolitischer Sprecher der Unionsfraktion und stellvertretender Vorsitzender im Verteidigungsausschuss des Bundestags. Nebenbei engagiert er sich als »Vizepräsident Politik« im Förderkreis Deutsches Heer (FKH). Der Verein ist ein Zusammenschluss von Bundestagsabgeordneten, Militärs und Rüstungsfirmen. Unter den 193 Mitgliedern befinden sich Airbus, Boeing und Heckler & Koch. Neben Otte gibt es im FKH auch einen »Vizepräsidenten Industrie«, derzeit besetzt mit dem Geschäftsführer des Rüstungskonzerns Krauss-Maffei Wegmann. Ihr gemeinsames Ziel ist, laut Homepage des Vereins, eine »leistungsfähige nationale Industriebasis für die Ausrüstung des Heeres«.

Bei der Debatte um das 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen für die Bundeswehr kritisierte Otte, das Heer bekomme zu wenig ab. Er forderte zudem, bei den Bundeswehrstandorten »vordringlich das Heer zu stärken«. Seit Jahren fordert Otte außerdem, dass die Bundeswehr bewaffnete Drohnen anschaffen solle. Die neue Drohne der Bundeswehr – die Eurodrohne – wird von Airbus Defence and Space gebaut, einem Mitgliedsunternehmen in dem Interessenverband. In welcher Rolle sprach Otte also im Bundestag? Auf Anfrage teilt der Politiker mit, er habe die Aussagen nur als Abgeordneter getätigt. »Ich vertrete nicht die Interessen des FKH im Bundestag.«

Man könnte jetzt noch weitere Fälle aufzählen. Es finden sich Bundestagsabgeordnete

an der Spitze des Kinderschutzbunds, beim Bund der Vertriebenen und beim Deutschen Institut für reines Bier. Viele dieser Organisationen sind unverdächtig, manche engagieren sich für soziale Zwecke. Und natürlich ist es ein Unterschied, ob Abgeordnete sich neben ihrem Mandat gegen Geld für die Interessen einzelner Unternehmen oder Verbände einsetzen oder ehrenamtlich für gemeinwohlorientierte Vereine. Doch auch in den Randgebieten der großen Politik gibt es etwas zu verteilen. Das zeigt der Fall von Martin Gerster.

Gerster sitzt seit 2005 für die SPD im Bundestag. Er ist Mitglied des Haushaltsausschusses und dort als Berichterstatter verantwortlich für das Budget des Innenministeriums. Seit vergangem Herbst ist er außerdem Präsident der THW-Bundesvereinigung, die sich für die Interessen des Technischen Hilfswerks (THW) einsetzt. Das THW wiederum ist eine Bundesanstalt, die dem Innenministerium untergeordnet ist. Als Verantwortlicher der größten Regierungspartei entscheidet Gerster also mit über die finanziellen Mittel für das THW, als Präsident des Unterstützervereins kommen die möglichst großen Zuwendungen dem THW zugute. Seitdem Gerster 2018 als Vizepräsident im Verein begann, hat sich das Budget des THW auf rund 544 Millionen Euro verdoppelt. Auf Anfrage erklärt er, es gebe zwischen seinen Funktionen eine »klare Trennung in personeller und räumlicher Hinsicht«.

Doch als der Bundestag infolge der Corona-Krise beschloss, vier Logistikzentren für das THW zu errichten, verkündete Gerster auf seiner Homepage, der Standort für Süddeutschland werde im Raum Biberach sein. Wochenlang habe er persönlich beim damaligen Innenminister Horst Seehofer für diese Entscheidung geworben. Biberach liegt im Wahlkreis von Gerster. Auf Anfrage der ZEIT spielt er seine Rolle bei der Vergabe herunter und teilt mit, das Logistikzentrum sei inzwischen außerhalb seines Wahlkreises in Ulm. Was er nicht erwähnt: Die THW-Bundesvereinigung verkündete im Februar anlässlich seines Besuchs bei der »temporären Standortlösung« in Ulm, das Logistikzentrum solle später »dauerhaft« in Biberach angesiedelt werden – und damit in seinem Wahlkreis.

Mitarbeit: Martin Reyher und Tania Röttger

www.zeit.de/vorgelesen